

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Das Ende der Aktion 20.000 ist ein Verrat an den älteren Beschäftigten

Alle bisherigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung haben eines gemeinsam: Sie bringen enorme Nachteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und insbesondere für ältere Beschäftigte und Arbeitslose.

Durch die Aktion 20.000 hatten österreichweit bereits 4400 ältere ArbeitnehmerInnen eine neue Beschäftigung gefunden. In Oberösterreich waren es rund 850. Mit dem Ende der Aktion klaut die Bundesregierung zumindest 15.600 Menschen ihre (vielleicht letzte) Chance, auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben und nochmals Fuß zu fassen.

Kurz und Strache verraten ihre WählerInnen

Auch die Streichung des Beschäftigungsbonus und die Kürzungen bei den Förderprogrammen für ältere Arbeitslose im Arbeitsmarktbudget legen den Verdacht nahe, dass Kurz und Strache ihre älteren WählerInnen eiskalt verraten.

Als Draufgabe wird ihnen mit den Verschlechterungen bei der Altersteilzeit noch einmal übel mitgespielt. Diese war bisher eine bewährte Maßnahme, um die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen zu stabili-

sieren. Wenn die Bundesregierung hier nun neue Hürden einbaut, geht das natürlich zu Lasten der betroffenen Beschäftigten.

Regierung lässt die Älteren im Stich

Damit lässt die Regierung jene ArbeitnehmerInnen im Stich, die jahrzehntelang fleißig und hart gearbeitet haben. Sie kürzt und streicht auf Kosten der Leistungsträger, anstatt ein wirksames Bonus-Malus-Modell einzuführen oder Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Menschen bis zum Pensionsalter zu setzen. ■

**„Die Regierung
beraubt mindestens
15.600 Ältere um
ihre vielleicht
letzte Chance.“**

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

